

SÜDKURIER Medienhaus -

URL: <http://www.suedkurier.de/region/konstanz/art1077,3206511,0>

OB gegen Kohlekraft

14.05.2008 03:00

Stadtwerke setzen weiter auf Brunsbüttel

Oberbürgermeister Horst Frank spricht sich gegen die Beteiligung der Stadtwerke am geplanten Kohlekraftwerk in Brunsbüttel aus. Damit haben die Gegner des umstrittenen Projekts einen prominenten Fürsprecher. Die Stadtwerke-Geschäftsführung will dagegen nicht von ihren Plänen abrücken.



Konstanz - In einer Klausursitzung des Stadtwerke-Aufsichtsrats bekundeten die Chefs Kuno Werner und Konrad Frommer nach SÜDKURIER-Informationen weiter ihre Absicht, 25 Prozent des Strombedarfs in der Stadt durch eine Beteiligung in Brunsbüttel zu decken. Bei dem Treffen stand die Strategie des Unternehmens in der Energiepolitik im Mittelpunkt. Die Stadtwerke-Führung setzt auf die Stromproduktion, um dadurch unabhängiger von den Großkonzernen zu werden - eine Absicht, die selbst von Gegnern der Kohlekraft begrüßt wird. Der Bau in Brunsbüttel wird von der Südweststrom Kraftwerk GmbH&Co KG geplant, an der mehrere süddeutsche Stadtwerke beteiligt sind.

Mit Oberbürgermeister Horst Frank spricht sich der Aufsichtsrats-Vorsitzende nun erstmals gegen diese Beteiligung aus. Die Verwaltung schlage dem Gemeinderat vor, nicht in Kohlekraft zu investieren, bestätigte er dem SÜDKURIER. "Die Stadtwerke sollten mit der Südweststrom verhandeln, warum sie nicht auf ein Gaskraftwerk setzt." Er könne nicht auf den Klimaschutz drängen und zugleich für ein Kohlekraftwerk sein. Zudem gebe es noch offene Fragen bei der Wirtschaftlichkeit. Der Gemeinderat wird das Thema demnächst beraten.

Der Widerstand in der Stadt erlahmt nicht. Das Thema bewegt die Menschen, so veranstaltete der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) vergangenes Jahr eine Podiumsdiskussion zum Thema - der Saal war rappellvoll. Der Kreisverband der Grünen spricht nun in einem Flugblatt, das an Ständen verteilt wird, vom "klimapolitischen Wahnsinn". Er fordert die Gemeinderäte auf, gegen die Pläne zu stimmen. "Es ist kaum ein rückschrittlicheres Projekt als ein Steinkohlekraftwerk vorstellbar", heißt es darin. Mit dem hohen Kohlendioxid-Ausstoß (CO) sei es sehr klimaschädlich. Steinkohle stamme zum großen Teil aus Südamerika. Der weite Transport sorge für zusätzliches CO. Die Grünen bringen aber auch ein neues Argument: In Südamerika sei Kinderarbeit in Minen nach wie vor üblich. Damit widerspreche der Bezug von Kohle aus solchen Ländern dem Beschluss des Gemeinderats, nur Produkte zu beziehen, die ohne Kinderarbeit hergestellt werden. Das Kraftwerks-Projekt sei zudem ein finanzielles Risiko. Die bessere Alternative seien erneuerbare Energien, so der Grünen-Kreisverband.

Der Bund wendet sich ebenfalls nach wie vor gegen die Pläne der Stadtwerke. "Wir bleiben dran", sagte Geschäftsführer Thomas Schaefer. Ihn ermutigt die politische Debatte in Mainz, wo sich der Gemeinderat nach achtstündiger Debatte mit knapper Mehrheit gegen eine Kohlekraftwerks-Beteiligung ausgesprochen hat. Allerdings ist der Beschluss für die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden nicht bindend. Der Bau selbst ist von den Behörden noch nicht genehmigt.

In Mainz sind vor allem CDU, Grüne und Freie Wähler gegen die Pläne. Sie sprechen sich für ein Gaskraftwerk aus. Außerhalb des Gemeinderats bildete sich eine Initiative gegen das Kraftwerk, Ärzte und Wirtschaftswissenschaftler engagierten sich in ihr.

Das Öko-Institut hat vor wenigen Tagen eine Treibhausgas-Bilanz von verschiedenen Energieträgern vorgestellt. Steinkohle- und Braunkohle-Kraftwerke liegen dabei ganz am Ende der Skala. Absolute Spitze sind Biogas-Blockheizkraftwerke. Es folgen mit großem Abstand Windparks und Solarstrom. Atomstrom liegt zwar auf dem vierten Platz, aber das Öko-Institut verweist auf die großen sonstigen Risiken und die hohen Kosten.

Die Debatte um die geplanten neuen Kohlekraftwerke geht angesichts solcher Zahlen auch bundesweit weiter. So soll nach dem Willen der neuen schwarz-grünen Koalition in Hamburg nun ein Gaskraftwerk gebaut werden.

SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel favorisiert dagegen weiter neun bis zehn neue Kohlekraftwerke. Innerparteiliche Gegner fordern in einem Strategiepapier wiederum, verstärkt auf Energieeinsparung, Kraftwärme-Kopplung und erneuerbare Energien zu setzen. Damit könne auf neue Kohlekraftwerke verzichtet werden. Die Debatte bleibt also nicht nur in Konstanz spannend.

VON JOSEF SIEBLER

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2008 SÜDKURIER GmbH Medienhaus - Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung durch das SÜDKURIER Medienhaus